

Medienmitteilung

Korruptionsbekämpfung – Veröffentlichung des Global Corruption Barometer (GCB)

Zu grosser Einfluss vermögender Einzelpersonen auf politische Entscheide

Bern, den 16. November 2016 – Die Schweiz schneidet beim neusten Global Corruption Barometer (GCB) im Ländervergleich insgesamt gut ab. Probleme bestehen aber beim Whistleblowing und beim Einfluss von vermögenden Einzelpersonen auf die Politik. Die Mehrheit der Schweizer Bevölkerung befürwortet deshalb strengere Lobbying-Regeln, und nach Auffassung von Transparency International Schweiz ist auch der Schutz von Whistleblowerinnen und Whistleblowern dringend zu verbessern.

Der Global Corruption Barometer (GCB) von Transparency International misst die Wahrnehmung der Korruption durch die Bevölkerung. Seit 2002 werden weltweit regelmässig Daten erhoben; die heute veröffentlichte Ausgabe umfasst 42 Länder in Europa und Zentralasien. Deutschland und Schweden stehen in der Gesamtbewertung an der Spitze, während Länder wie Russland, Serbien und die Ukraine die Schlusslichter bilden. Mehr als die Hälfte der erfassten Länder erhält eine schlechte Bewertung.

Erfreulicherweise schneidet die Schweiz im internationalen Vergleich insgesamt gut ab. Korruption wird hierzulande nicht als vordringliches Problem wahrgenommen. Insbesondere in zwei Bereichen steht die Schweiz sogar in den Top 3: Die Regierung wie auch die Politikerinnen und Politiker werden als integer und wenig korruptionsanfällig eingeschätzt.

Hingegen zeigt die Umfrage auch, dass zwei Drittel der Befragten der Meinung sind, vermögende Einzelpersonen hätten zu grossen Einfluss auf die Regierungstätigkeit. Sie befürworten deshalb strengere Regeln für das Lobbying. Zudem ist die Hälfte der Befragten der Ansicht, dass Schweizerinnen und Schweizer Korruptionsfälle nicht melden, weil sie sich vor den damit verbundenen Konsequenzen fürchten. Damit liegt die Schweiz über dem Wert von 2013 (35%) und über dem internationalen Durchschnitt (30%). Dies obwohl sich 81% der Befragten verpflichtet fühlen, einen Korruptionsfall zu melden, sogar dann, wenn sie dazu einen Tag lang als Zeugin oder Zeuge in einem Gericht aussagen müssten. Im Weiteren zeigt die Umfrage, dass die grössten Korruptionsrisiken in der Schweiz im Privatsektor gesehen werden.

Zum Abschneiden der Schweiz sagt Martin Hilti, Geschäftsführer von Transparency International Schweiz:

«Im Vergleich mit anderen Ländern fühlt sich die Schweizer Bevölkerung wenig durch Korruption bedroht. Dieser Befund ist erfreulich. Es muss uns aber kümmern, wenn zwei Drittel der Bevölkerung der Meinung ist, vermögende Personen hätten einen zu grossen Einfluss auf die Regierungstätigkeit. Höchst bedenklich ist auch, wenn die Hälfte der befragten Schweizerinnen und Schweizer der Auffassung ist, Korruptionsfälle würden aus Angst vor Konsequenzen nicht gemeldet. Transparency International Schweiz fordert deshalb:

- *Wir brauchen in der Schweiz gesetzliche Bestimmungen zur Transparenz der Politikfinanzierung und des Lobbying.*
- *Der Schutz von Whistleblowerinnen und Whistleblowern muss gestärkt werden, insbesondere im Privatrecht.»*

Der GCB ist zugänglich unter: www.transparency.ch

Medienkontakt:

Bern

Martin Hilti, Geschäftsführer

Transparency International Schweiz

Tel.: +41 (0)31 382 35 50; E-Mail: martin.hilti@transparency.ch